



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

51. Jahrgang – Nr. 3 – Sept. 2000

Ein Sieg für die Wahrheit – ein Sieg für Österreich

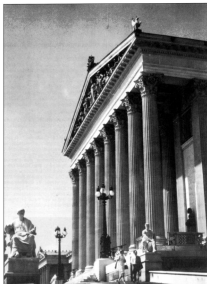
Die Sanktionen sind aufgehoben

*Unser Parlament, Sitz der
Abgeordneten, ist allein
berufen, Politik als
Souverän zu entscheiden.
Denn es vertritt das Volk
von Österreich. Druck
und Einreden von ausser-
halb der Grenzen Öster-
reichs sind abgewehrt.
Nur wir selbst sind
Richter über uns.*

ACHTUNG!

Änderung unserer Bürozeiten

Ab 4.10. 2000 Parteiensverkehr jeden
Mittwoch von 10 bis 15 Uhr in der
Landongasse 16.





Hubert Jurasek

Eine Blamage für Links-Europa

Der Freispruch für Österreich, die Aufhebung der diplomatischen Sanktionen, der am Dienstag den 12. September in Paris am Sitz des Präsidiums der Europäischen Union verkündet wurde, ist überraschend schnell erfolgt.

Elysee-Palast machte, mit dem Plan eine Art Zweiklassen-Gesellschaft einzuführen. Hier die Großen, die bevorzugt und mehrheitlich zu reden haben und dort – im Winkel! – die Kleinen, die gefälligst den Befehlen der Großen zu folgen haben. Etwa eine Wiederholung der aus dem siegreichen Ende für die Alliierten im zweiten Weltkrieg geborenen Idee, der sehr beschränkten Dauersitzplätze im Sicherheitsrat der UNO, den heute nicht einmal noch die Deutschen innehaben.

Vielleicht sollte gerade mit dieser EU – Lösung zu Gunsten der Großmächte ein Äquivalent für die immer noch andauernde Demütigung der Deutschen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angestrebt werden.

Recht merkwürdig: Joschka Fischer, der Extrem Grüne, als Großmacht-Politiker, der ja auch in seiner Kritik an Österreichs Regierung besonders heftig geworden ist.

Aus Rabauken Bürger?

Aber sei dem wie immer, für Österreich ist die Lösung der Sanktionsfrage ein wirklich großer Erfolg – auch wenn in- und ausländische Kritiker aus die Freude gerne verderben können. Es hat sich die Politik des Volkspartei-Chefs und Kanzlers Wolfgang Schäussel durchaus bestätigt, eine Mitte-Rechts-Regierung zu bilden und damit den Jahrzehnte alten Querelen mit der Linken ein Ende zu machen. Gewiß ist

die Erwartung berechtigt, es werde die Regierungsteilnahme der Freiheitlichen aus Rabauken halbwegs gesittete Mitbürger machen. Ihre Regierungsmitglieder haben jedenfalls diese Linie bisher einigermaßen gehalten.

Die Verkündung der Aufhebung der Sanktionen war auch mit zwei weiteren Punkten verbunden. Einmal soll eine besonders sorgfältige Beobachtung des Verhaltens der Freiheitlichen Partei in der Regierung einsetzen, zum anderen soll über für künftige Probleme in Europa ein System oder eine Stelle gefunden werden, die ganz allgemein das Verhalten politischer Parteien gegenüber den europäischen Ordnungen beobachtet. Ferner soll eine Form für die Behandlung von Fällen, wie er in Österreich gegeben zu sein schien, gefunden werden, die den allgemeinen Menschenrechten und durch die EU garantierten Freiheiten, entspricht.

Gerade mit solchen Punkten werden wir, Vertreter der Opfer eines rechtlos terroristischen Regimes, wie es der Nationalsozialismus war, um mehr als einverstanden erklären. Möge dafür gesorgt werden, daß nie wieder ein Regime an die Macht kommt, daß die Menschenrechte mißachtet.

Es ist zu hoffen, daß als Folge dieser Affäre so etwas wie eine europäische Verfassung entstehen wird. Aber sehen wir uns einmal an, wie das ganze passiert ist.

Kaum hatte der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, der portugiesische Ministerpräsident Gueterres, turnusmäßig für ein halbes Jahr die Präsidentschaft des Europa-Rates übernommen, hat er in einer offenkundig



Frankreichs Präsident Chirac war der strengste Richter über unser Vaterland. Aber er hat sich widerspruchlos den Schlussfolgerungen aus dem „Bericht der Weisen“ gefügt.

Selbst österreichische diplomatische Kreise hatten von Mitte Oktober, als dem zu erwartenden Termin gesprochen. Es ist ganz offenbar Präsident Chirac und seinen Beratern zu Bewußtsein gekommen, daß die Aussage der „Drei Weisen“, eine Fortdauer der Sanktionen werde sich für Europa als schädlich erweisen, richtig war. All diese Aufregungen, während sich schon der Beginn von Verhandlungen um eine Verfassung der EU abzeichnet. Es ist ja erst ein paar Wochen her, daß Deutschlands Außenminister Joschka Fischer überaus große Avancen in Richtung

vorher konzertierten Aktion die Regierungschefs der 13 anderen EU-Staaten aufgefordert, die sogenannte Lisaboner-Erklärung vom 31.1.2000 mitzunterzeichnen, um das 15. EU-Mitglied, Österreich, diplomatisch zu isolieren. Wie bald bekannt geworden ist, sind die Regierungschefs derart rasch zu einer Entscheidung gedrängt worden, daß manche von ihnen keine Zeit gehabt haben, den Inhalt dieser Erklärung zu studieren.

Urteile über Sanktionen

Otto von Habsburg ist laut einem unter der Überschrift vom „Segen der Sanktionen oder: Wer anderen eine Grube gräbt...“ in der Academia 300 veröffentlichten Interview der Ansicht, diese Maßnahmen hätten in dem buchhalterischen Versuch, greendet, vorzututischen, es sei Europa, das gegen Österreich geschlossen aufträte. Kardinal Erzbischof Dr. Schönborn schrieb in der Furche vom 13.7.2000, es sei unbestritten, daß die Verantwortlichen heute wüßten, daß die Maßnahmen übereilt und rechtlich fragwürdig seien und inhaltlich umstritten blieben. Nach einer Analyse von Peter Pernthaler und Peter Hilbold „Sanktionen als Instrument der Politikkontrolle – der Fall Österreich“ (Integration 5) sind diese Maßnahmen der 14 EU-Staaten zumindest ankorrekt. Im vorliegenden Fall fehle völlig ein rechtsstaatlich geordnetes Verfahren der demokratischen Konfliktfeststellung und Konfliktlösung. Der Abgeordnete der CSU im Europaparlament Posselt wirft in einem Artikel in der NZZ vom 4.2.2000, unter dem Titel „Sozialdemokraten und Machtwechsel“ den portugiesischen Ministerpräsidenten sogar Amtsniederbruch vor, weil dieser seine Funktionen als Präsident des Europarates und als Präsident der Sozialistischen Internationale verwechselt habe. Wie Beobachter berichten sind nach Meinungsumfragen die Uni-

onsbürger einer Reihe von Mitgliedsstaaten mit dem Verhalten ihrer Staats- u. Regierungschefs keineswegs einverstanden gewesen: So lehnten in Deutschland 59 % der Befragten die Sanktionen ab, in Dänemark 73 %, in Italien 65 %, in Großbritannien 51 % und selbst in Frankreich 46 %.

Zweck dieser gegen Österreich gerichteten Sanktionen, über die vorher die damals höchsten Organe unsere Staates informiert worden sind, ohne etwas dagegen zu unternehmen, ist die Verhinderung einer Koalitionsregierung zwischen der ÖVP und der FPÖ

Schlüssel hat diesem Erpressungsversuch nicht stattgegeben.

Schaden für Europa

In der Folge hat es sich gezeigt, daß die gegen Österreich gesetzten Maßnahmen der 14 EU-Staaten diesen mehr geschadet hätten, als Österreich. Angesichts des völlig irrationalen Vorgehens der 14 Staaten war gelegentlich bereits Angst bei den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas zu spüren.

Otto Habsburg schrieb in seinem Leitartikel in der Furche vom 6.7.2000, „Wird

tiker und ein Wissenschaftler angehört, nämlich den eher den Sozialisten nahestehende ehemalige finnischen Staatspräsident Ahtisaari, dem eher den Bürgerlichen nahestehenden ehemaligen spanischen Außenminister Oreja und den deutschen Völkerrechtler Frowein. Diese 3 sollten im Auftrag der 14 EU-Länder das Wohlverhalten der österreichischen Regierung, die politische Lage in Österreich und die „Natur“ der FPÖ prüfen.

Wäre es nicht klüger gewesen, die 14 Regierungschefs hätten vor ihren Maßnahmen gegen Österreich Weise gefragt?



Das „offizielle Parteimitglied“, alias Jörg Haider (rechts) findet nach Aufhebung der Sanktionen freundliche Worte für Kanzler Schäussel. Ob es wohl dabei bleibt?

gewesen. In Hinblick auf den Rechtsextremismus in ihren eigenen Ländern hätten diese 14 Staaten die Koalitionswilligkeit der ÖVP mit der FPÖ als bestürzenden Tabu-Buch angesehen. Es sollte eine auf das Ergebnis demokratische Willensbildung zurückzuführende Regierungsbeteiligung der FPÖ verhindert werden. Bundeskanzler Dr.

Österreich wieder salonfähig?“ Es sei bereits in Österreich und den anderen kleinen Ländern und auch bei Beitrittskandidaten ist die EU-Skepsis gesteigert worden, die EU-Sanktionen sollten längst aufgehoben werden.

Offenkundig zur Vermeidung dieses Gesichtverlustes bestellen die 14 EU-Staaten einen Weiserrat, dem 2 Poli-

Anlaßlich der Eröffnung der „Europäischen Stellen zu Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMCI)“ am 7.4.2000 in Wien hat Bundespräsident Dr. Klestil darauf hingewiesen, die österreichische Bevölkerung habe Hunderttausende von Flüchtlingen integriert und Verfolgte unterstützt. Angesichts der gegen Österreich

► erhobenen Vorwürfe, werde überschauen, welche humanitäre Leistungen dieses Land immer wieder erbracht habe. Allein im Rahmen der Aktion „Nachbar in Not“ hätten seit Mai 1992 Österreicher insgesamt 1,7 Milliarden Schilling gespendet.

Alois Mock meint in einem Statement, veröffentlicht in „Weißer Turm“ 2/00, Seite 5, „Ein schwerer Rückschlag für die Europäische Union“, Österreich sei ein Land mit hoher demokratischer Kultur,

scher Organisationen, Österreich habe 1993 die bisher größte Menschenrechtskonferenz der UNO veranstaltet und sich dabei besonders für die ungedruckten und verfolgten Völker auf dem Balkan eingesetzt.

Dem gegenüber hat es in letzter Zeit in Deutschland derartig schwere fremdenfeindliche Ausschreitungen gegeben, daß z.B. die Leiterin der EUMC in Wien Beate Winkler in der „Presse“ vom 9.8. unter dem Titel „Ein Weiserrat auch

ernstet; wie die Zeitung „Libération“ schreibt, eine Ohrfeige für das Pariser Konzept in Hinblick auf die Unabhängigkeit Korsikas.

Seinerzeit hat eine Zusammenarbeit Keriskys mit der FPÖ und deren Aufnahme in die Regierung keinerlei Protestreaktionen im Ausland hervorgerufen, ebenso wenig die Aufnahme von Neonazisten in die italienischen Regierung. Soll Österreich den „Fürchtbaren Sündenbock Europas“ spielen, fragt Richard Picker im Kurier vom 19.2.2000 oder besteht Hoffnung, daß Europa gelernt hat, daß die Ächtung eines EU-Mitgliedes ein zu erarbeitendes klares und faires Rechtsverfahren voraussetzt, fragt Boberski in der Furche vom 3.8.2000, „worum rufen die Weisen?“.

Lob für die Regierung

Der mit so viel Aufregung erwartete Bericht der „Drei Weisen“ enthält im wesentlichen Lob für Österreichs Regierung, besonders was Haltung gegenüber Einwanderern, Flüchtlingen und Asylwerbern anlangt. Auch unsere Art der Verwaltung wird als gut hervorgehoben und zwar betont im Gegensatz zu dem Verhält-

ten in so manchem anderen EU-Land. Auch die populistischen und radikal nationalistischen Äußerungen manches Funktionärs werden nicht allzuernst genommen – vielleicht weil die direkte Erinnerung an die Zeit vor 1945 fehlt. Immerhin monieren die drei Weisen die Bezeichnung „Straflager“ für „Konzentrationslager“ durch Haider selbst. Nur in einem Punkt wird der Bericht härter: nämlich in Bezug auf den freibeiwilligen (Nichtmitglied) Dr. Böhmendorfer, der als Anwalt eine Flut von Klagen gegen Kritiker der FPÖ eingebracht hat und den jetzt als Justizminister vorgeworfen wird, er habe einen Ausspruch Jörg Haider, wonach man auch Abgeordnete und Politiker ihrer Mandate verlustig erklären und sie in eine Untersuchung ziehen müsse ungeachtet ihrer Immunität, falls sie etwas für den Staat schädliches getan oder geplant hätten. Böhmendorfer bemerkte dazu, diese Idee sei überlegenswert. Die Weisen meinen, er hätte schärfsten Einspruch gegen diese Gefährdung der Demokratie erheben müssen. Seither geht eine Debatte um Demission oder nicht zwischen FPÖ und der Opposition im Lande umher.



Böhmendorfer, der Anwalt als Justizminister, ist eine Schwachstelle im Verteidigungsnetz unseres Landes. Aus Prestigegründen der Freiheitlichen Partei wird man ihn halten.

ein Land, das pro Kopf der Bevölkerung gemessen, die größte Anzahl von Flüchtlingen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und aus Osteuropa aufgenommen habe, ein Land, das Zehntausend von jüdischen Auswanderern aus der USSR vorübergehend Aufnahme oder Heimstätte geboten habe. Es gebe keine breitflächigen Demonstrationen neonazisti-

für Deutschland“ die Entscheidung auch eines solchen nach Deutschland nicht ausgeschlossen hat. In Spanien gibt es immer wieder Verfolgungen nordafrikanischer Einwanderer und blutige Anschläge baskischer Terroristen. In Frankreich kämpfen Basken, Bretonen und Korsen um Minderheitenrechte; erst in letzter Zeit hat sich auf Korsika wieder ein brutaler Terroranschlag

Formulare

Vom Bund der Israelitischen Kulturgemeinde Österreichs, Anlaufstelle des International Steering Committee für jüdische NS-Verfögte in und aus Österreich haben wir Formulare für die Erfassung von Namen und entzogenen Vermögenswerten von jüdischen NS-Verfolgten in und aus Österreich bekommen.

Interessenten mögen sich entweder direkt an den Bundesverband der Israelitischen Kulturgemeinde, 1010 Wien, Desider-Friedmann-Platz 1 oder an uns wenden.

Unsere Sekretärin, **Frau Helma Straszniczky**, ist mit 30. Juni 2000 in den Ruhestand getreten. Wir danken ihr für ihre ersprießliche Tätigkeit. Wer in Zukunft ihre Aufgaben auf Dauer übernehmen wird, muß noch geklärt werden.

Landtagswahlen

Der Spätherbst und der beginnende Winter dieses Jahres 2000 wird für einige Bundesländer Österreichs eher heiß, denn sowohl die Steiermark als auch das Burgenland und unter Umständen sogar Wien werden Landtage beziehungsweise Gemeinderäte wählen.

Das ist so zustande gekommen, daß schon seit längerer Zeit Einigkeit bestand in der Steiermark Landtagswahlen abzuhalten, diese werden nun am 15. Oktober 2000 erfolgen.

Der zweite Wahlgang findet überraschend im Burgenland statt, wo sich Folgen größerer Finanzergebnisse abzeichnen. Es scheint ja so zu sein, daß die burgenländische Landesbank bis in Milliardenhöhe Geldausgaben getätigt hat, die nicht gedeckt waren, beziehungsweise in die Hände, muß man schon sagen, merkwürdiger Schwinder geraten sind, für die es eben keine Deckung gibt. Daß das möglich war ist nur so zu denken, daß die zuständigen Aufsichtsgremien ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt haben und das geht letzten Endes an den Landeshaupmann Dr. Stix, der zugleich Vorsitzender der Sozialistischen Partei des Burgenlandes ist. In der Steiermark ist es so, daß die Volkspartei in den vergangenen Wahlen sich relativ ganz gut halten konnte. Sie ist zwischen 1974 und 1990 immer über 50 Prozent gekommen, allerdings 1991 kam dann der erste Absturz auf 44,3 und 1995 sogar auf 36,3 Prozent. Im gleichen Maß stiegen die Sozialisten von 34 auf 36 Prozent. Man muß natürlich sagen, daß der überraschendste Aufstieg jener der Freiheitlichen Partei ist, nämlich von 4,5 auf 17,8 Prozent.

Das ist freilich eine gute Voraussetzung für die steirischen Landtagswahlen, denn hier ist es so, daß ohnehin die Zusammenarbeit zwischen Volkspartei und Freiheitlichen schon seit Jahr und Tag angepriesen und propagandistisch vorbereitet wird, wobei eine ganze Reihe von Persönlich-

keiten angefangen von der Landeshauptfrau Klannitz und einem ihrer wichtigsten Mitarbeiter Hirschmann immer wieder für die Beteiligung der Freiheitlichen an der Wiener Regierung eingetreten sind. Tatsächlich ist es ja so, wer einen bestimmten Prozentsatz an Stimmen in der Steiermark erhält, automatisch zur Landesregierung gehört.

Gegen Aussperrung

Aber die steirische ÖVP Fraktion war bisher stets die den Freiheitlichen freundlichste. Sie wandte sich gegen die Aussperrung und das Abmauern.

Seit Jörg Haider an die Spitze der Freiheitlichen Partei getreten ist hat seine Partei einen rasanten Aufstieg genommen. Kurze Unterbre-

chungen oder „Gegenbewegungen“, wie etwa der Absprung von Haider Bundespräsidentenskandidat. Heide Schmidt sind letztlich dann nur Bestätigungen seines persönlichen Erfolgs. Denn etwa das Experiment mit Heide Schmidt – angezettelt von SPÖ und ÖVP hat zwar einen kurzen Rückschlag erzeugt, der dafür dann um ein vielfaches gutgemacht wurde. Heide Schmidt hat eher der Volkspartei geschadet als den Freiheitlichen.

Ein anderes solches Experiment hat sich auch als Rohrkrepierer erwiesen, die Gründung der „Grünen“. Sichtlich von linker Seite gefördert, um die naturbegeisterte Jugend von der etwas schwerfälligen und Weibbrauch verteilenden ÖVP loszureißen, hat letztlich den Sozialisten Verluste gebracht. Aber eben auch der ÖVP ein paar hunderttausend Stimmen abgelockt. Und heute wünschen sich viele liberale Volksparteileute, der unumstrittene Führer der Grünen Univ. Professor Van der Beelen stünde in ihren Reihen an einem Spitzenposten. Na ja, wer weiß, kommt es da noch eines schönen Tages zu einer Lösung.

Um aber beim Beispiel Burgenland zu bleiben, so erweist sich dort mit erschreckender Deutlichkeit, die alte Prophezeiung als zutreffend: Aus den proletarischen Marxisten werden sehr bald kapitalistische Industrielle sofern man sie nur an den Futtertrögern läßt. Die Beispiele von zu – beschneiden gesagt – Millionen gewordenen SP-Spitzenpolitikern sind ja in aller Munde. Man muß zu ihrer Rechtfertigung sagen, daß manche dieser einstigen Bonzen in einer sich wandelnden und industrialisierenden Welt sehr gewandt und befähigt erschienen.

Es würde natürlich zweifelhaft führen hier die Landtagswahlen in Burgenland und der Steiermark und dazu die noch sehr ungewissen Gemeinderats und Landtagswahlen in der Bundeshauptstadt Wien analysieren zu wollen, um darauf zu den Wurzeln des politischen Seins vorzudringen. Aber es wird doch ganz interessant sein einige wenige Resultate anzuschauen. Hier sind die Ergebnisse der letzten drei Landtagswahlen aus allen drei Bundesländern.

Burgenland	Steiermark	Wien
1987 Volkspartei 72.935 Stimmen, 41,5%, 16 Mandate Sozialisten 83.189 Stimmen, 47,5%, 20 Mandate Freiheitliche 12.855 Stimmen, 7,3 %, 3 Mandate	1986 Volkspartei 393.618 Stimmen, 51,75%, 30 Mandate Sozialisten 286.312 Stimmen, 37,44%, 22 Mandate Freiheitliche 34.661 Stimmen, 4,59 %, 2 Mandate	1987 Volkspartei 198.236 Stimmen, 28,4%, 30 Mandate Sozialisten 363.846 Stimmen, 55%, 62 Mandate Freiheitliche 67.812 Stimmen, 9,7 %, 8 Mandate
1991 Volkspartei 65.814 Stimmen, 38,2%, 15 Mandate Sozialisten 82.955 Stimmen, 46,1%, 17 Mandate Freiheitliche 16.793 Stimmen, 9,2 %, 4 Mandate	1991 Volkspartei 343.427 Stimmen, 44,3%, 26 Mandate Sozialisten 271.232 Stimmen, 34,9%, 21 Mandate Freiheitliche 119.462 Stimmen, 15,5 %, 9 Mandate	1991 Volkspartei 128.163 Stimmen, 18,1%, 18 Mandate Sozialisten 337.706 Stimmen, 47,7%, 52 Mandate Freiheitliche 159.940 Stimmen, 22,6 %, 23 Mandate
1996 Volkspartei 62.991 Stimmen, 36%, 14 Mandate Sozialisten 77.656 Stimmen, 44,5%, 17 Mandate Freiheitliche 25.426 Stimmen, 14,6 %, 5 Mandate	1995 Volkspartei 272.613 Stimmen, 36,6%, 21 Mandate Sozialisten 270.947 Stimmen, 36,0%, 21 Mandate Freiheitliche 139.075 Stimmen, 17,8 %, 10 Mandate	1996 Volkspartei 112.616 Stimmen, 15,3%, 15 Mandate Sozialisten 270.947 Stimmen, 36,0%, 21 Mandate Freiheitliche 206.122 Stimmen, 27,5 %, 29 Mandate

Dr. Felix Gamillscheg

In der Steiermark beginnt der Reigen

Zu den bevorstehenden Landtagswahlen schreibt der Österreich-Korrespondent des Bayern-Kurier, Felix Gamillscheg, da dies der erste größere Wahlgang seit dem Auftreten der ÖVP-FPO Koalition sei, so werde doch das Ergebnis eine Aussage über die Bundesregierung durchschimmern lassen.

„Schon als sich der Landtag in Graz im Juli auflöste, war klar, daß zwischen den Parteien in der Landesregierung nichts mehr ging. Hier gilt noch das alte Prinzip, daß alle im Landtag mit einer Mindestzahl an Mandaten vertretenen Parteien auch in der Regierung sitzen müssen. Die Zusammenarbeit zwischen ÖVP und SPÖ war bisher recht konsensbestimmt. Die Zustimmung der SPÖ als zweitstärkste Partei zur Wiederwahl der Landeshauptfrau war unbestritten.

Plötzlich pöhlten die Sozialisten, es gäbe schon einen „Regierungspakt“ zwischen ÖVP und FPÖ, der Klatsch die Hilfe der „Blauen“ zusicherte. Nun hat ein besseres Klima zwischen ÖVP und FPÖ in der Steiermark, anders als in Wien, Tradition. Hier half einst die ÖVP, Alexander Götz von der FPÖ zum Bürgermeister von Graz. Hier trat schon vor Jahren Landesrat Gerhard Hirschmann gegen die Ausgrenzung Haider und seiner Partei ein.

Nun aber zögert Waltraud Klasnic, allzu sehr auf Bundesphänomene einzugehen. Die Wahlen betreffen ausschließlich die Steiermark, betont sie und scheut sich nicht, den alten Konflikt mit ihrem Parteifreund Erwin Proll in St. Pölten auch im Wahlkampf anzuspielen. Die Steiermark und Kärnten drängen seit Jahren

auf den Bau des Eisenbahn-Basistunnels unter dem Semmering. Niederösterreichs Proll stützt sich auf den Widerstand der betroffenen, Bürgerinitiativen und sagt Nein bis in höchste Bundesinstanzen.

Die Freiheitlichen haben Personalprobleme. Ihr starker Mann im Land, Michael Schmid, ging im Februar als Verkehrsminister nach Wien. Ihm folgte in der Landesregierung Magda Jost-Bleckmann nach. Nun erwartet sie gerade zur Zeit der Landtagswahl ihr Baby, was ihr wohl kaum erlaubt, gleich darauf in aufreibende Regierungsverhandlungen einzutreten. Schmid als FPÖ-Landeschef dekretierte daher keine Regierungsfunktionen für Jost-Bleckmann (was diese aber nicht anerkennen will). Spitzenkandidatin ist nun die erst im Frühjahr als Generalsekretärin installierte quirlige Theresia Zierler. Sie tourt durch die Lande, strahlt von den Plakatwänden, findet aber nur geteilten Anklang bei den

Mißtrauen gegen Landeshauptmann Stix

Kameraden. Gerichte wollen wissen, daß Schmid wieder nach Graz zurückkehren möchte oder daß er im Herbst einen geschäftsführenden Parteichef einsetzen oder sich „als einfaches Mitglied“ (wie Jörg Haider) in der steirischen Partei das Sagen vorbehalten wolle.

Aber nicht nur in der Steiermark - auch im Burgenland wird schon eifrig wahlgeklüfft. In diesen Tagen ist entschieden worden, die für das Frühjahr 2001 fälligen Landtagswahlen auf Dezember vorzuziehen. Noch zögern Vize-Landeshauptmann Gerhard Jelasits von der ÖVP und

der FP-Klubobmann Wolfgang Rauter einen Mißtrauensantrag gegen Landeshauptmann Karl Stix einzubringen. Zu lange haben sie gut mit Stix zusammengearbeitet, bevor er nun ins Kreuzfeuer geriet. Als Eigentümervertreter der Landesbank wird ihm mangelnde Aufsicht, wenn nicht sogar Mitschuld am „roten Netz“ vorgeworfen, in dem schließlich rund 400 Millionen Mark bei einem international gesuchten Betrüger versickerten.

Drittes Bundesland mit Neuwahlüberlegungen ist schließlich Wien. Dort wären sie im Herbst 2001 fällig. Man spricht aber immer intensiver von einer Vorverlegung auf Mai. Hier arbeiten SPÖ und ÖVP wieder zusammen, seit die SPÖ ihre absolute Mehrheit einbüßte. SPÖ Bürgermeister Michael Häupl leidet darunter, daß seine Partei ihre neue Oppositionsrolle erst langsam lernt und Parteichef Gusenbauer nicht recht ankommt. Aber Häupl denkt nicht daran, sich selbst in der Bundespolitik zu engagieren.

In Wien am ÖVP-Chef Bernhard Görg die Freiheitlichen nicht und möchte allzu gerne mit Häupl zusammengehen, auch angesichts

Klubobmann LAhg. GR Johannes PROCHASKA am 22.7.2000 anläßlich des Dollfußgedenkens

In einer kurzen Ansprache am Grabe des von Nationalsozialisten ermordeten Bundeskanzlers betonte der ÖVP-Klubobmann die Mitschuld der Sozialisten an der politischen Radikalisierung in der Ersten Republik, aber auch deren Verantwortung für die Schädigung des österreichischen Ansehens im Ausland. Durch die konsequente Leugnung des beinahten Abwehrkampfes des Ständestaates gegen den barbarischen Nationalsozialismus und die Pflege der KP-Terminologie vom „Austrofaschismus“, leistet die SPÖ allen Bestrebungen Vorschub, Österreich als ein latent faschismusanfälliges Land zu verunglimpfen. Die Mitwirkung, wenn nicht gar Initiative bei den unerträglichen EU-Sanktionen zeigt, daß bei der SPÖ nach wie vor ihre ureigensten Parteinteressen vor Staatsinteresse und Heimatverbundenheit rangieren.

Es sei unser aller Aufgabe – insbesondere jene der Zeitzeugen – die permanente Geschichtsfälschung der vereinigten Linken aufzuzeigen, schloß der Redner.

Anwesende:

Klubobmann der ÖVP LAhg. GR Johannes PROCHASKA
Bezirksvorsteher von Hietzing
Dipl.-Ing. Heinz Gerstbach LAhg. GR a.D.
KommRat Werner Haubenburger
BV/Stv. und GR a.D. Mag. Franz Stahler

Kränze:

Kameradschaft ÖVP-Klub Wien
Junge ÖVP
Studentenverbindung

der Idee in SPÖ-Kreisen, in Wien mit Grün eine Alternative zum Bund zu setzen. In Wien dürfte die FPÖ, wie Umfragen zeigen, ihre Wähler aus den Arbeiterbezirken wieder an die SPÖ verlieren und hier steht ihr Landesobmann Hilmar Kabas auch innerparteilich unter Beschuß, da man ihm für die freundenfeindlichen Akzente in Nationalratswahlkampf und damit mittelbar für die Sanktionen der EU verantwortlich macht.

Drei Wahlgänge also, die sicher auch auf die auf die Bundespolitik ihre Auswirkungen haben werden. ■

Johannes Eidlitz

SPÖ liebäugelt mit Haider

Die voraussehbare Aufhebung der diplomatischen Sanktionen gegen Österreich nach der Veröffentlichung des Berichts der „Drei Weisen“ hat eine kaum zu erwartende innenpolitische Konsequenz gehabt.

Während die Sozialistische Partei – zumindest seit der Übernahme der Führungsrolle in der Freiheitlichen Partei durch Jörg Haider – einen strikten Abmahnungskurs gegen die FPÖ betrieben hat, scheint diese Mauer nun zu wanken. Der Innenminister des Kabinetts Klima, Schlögl, der unterdessen zum Landesparteivorsitzenden der SP Niederösterreich gewechselt hat, gibt sich von Tag zu Tag freundlicher den Freiheitlichen gegenüber. Er betont die Politik der Ausschlussung müsse ein Ende haben. Da es drei fast gleichstarke Parteien in Österreich gebe, müsse die SPÖ als noch stärkste Partei die Freiheitlichen in ihre Überlegungen zu einer Koalitionsbildung miteinbeziehen, zu deutsch, an eine Regierungsbeteiligung der FPÖ unter einem SP-Kanzler denken. Es ist gewiß nicht plötzlich entdeckte Menschenliebe bei Schlögl, sondern vielmehr eiskalter politischer Kalkül: So wie sich die Volkspartei nach dreißig Jahren schwer mit ihrem Koalitionsgegnern SPÖ getan hat, so haben ja gerade die Schwierigkeiten in dieser Koalition, der Überdruß vieler ÖVP-Führer mit dem linken „Genossen“, zum Bruch geführt und zur schwarz-blauen Koalition. Aber es ist nicht so einfach, daß man jetzt in SP-Führungskreisen – und Schlögl ist nur deren Sprachrohr – den Spieß umdrehen

möchte um mit Jörg Haider zurück an die Macht zu kommen.

Da ist manches zu erinnern: ÖVP und SPÖ waren seit 1945 koalitiert, bis 1966. Und nur für vier Jahre konnte Kanzler Klaus eine monokolorale VP-Regierung führen. Dann zwangen ihn die Wahlergebnisse den Kanzlerposten Kreisky zu überlassen. Und in langen Verhandlungen weigerte sich Klaus auf die Forderungen aber auch Angebote Kreiskys einzugehen, die der VP eine Regierungsbeteiligung – allerdings unter einem Kanzler Kreisky ermöglicht hätten. Und so regierte die SPÖ seit 1970 das Land – unterstützt von und zeitweise sogar in einer Koalition mit den

Es ist nun nicht so, daß Schlögl für die ganze SPÖ spräche. Seine Zukunftspläne haben sehr zahlreiche Gegner in der Bundes- und Länderführung. Aber das kalte politische Kalkül spricht bei vielen dafür, sich eine solche Chance offen zu lassen.

Schmerzhafter Machtverlust

Darüberhinaus zeigt die Auseinandersetzung auch wie stark die Gegensätze in SP-Führung geworden sind. Den Machtverlust zu verschmerzen ist eine bittere Sache, viel schlimmer als man sich das von außen vorstellt. Denn praktisch seit 1945 und ganz eindeutig seit 1970 ist unser

wachsen vom persönlichen Einfluß der SPÖ- und der Gedanken, es könnten nun zögernd SPÖ-Proteges ihre Stellungen, ihren Einfluß an die Schwarzblauen verlieren, liegt schwer wie Blei auf den roten Gemütern. Noch etwas kommt hinzu: Der neue Parteiboss Gusenbauer hat sich bisher noch nicht wirklich durchgesetzt. Es gibt sehr viele Spitzenfunktionäre der SPÖ gerade aus den Ländern, die dem Gusenbauer die notwendige und längst ausstehende Reform der Partei als Organisation und in ihrer Programmatik nicht zutrauen.

Die Krise um die schwarzblaue Koalition ist ganz eindeutig in den 14 EU-Ländern durch österreichische SP-Intervention angelöst worden. Sichtlich in der Erwartung, die Drohung mit Sanktionen werde Schlögl wieder an den alten Herd, nämlich die Koalition mit der SP zurückbringen. Offensichtlich war Schlögl und sein Team schlauer als erwartet und so wurde aus einer inneren „internationalen“ Af-



Obwohl der neue SPÖ-Chef Gusenbauer sich mit dem „einfachen Parteimitglied“ Jörg Haider zusammenfindet?

Freiheitlichen. Gewiß die Freiheitlichen waren damals harmlos im Vergleich zu heute, obwohl ein höherer SS-Führer, Peter, an ihrer Spitze stand. Merkwürdigerweise hat es damals keine Auslandsproteste gegeben.

ganzes Staatswesen, die Verwaltung, die Wirtschaft kurz alle öffentlichen und sehr viele private Sektoren – gerade in Dingen der Wirtschaft, aber etwa auch der Kunst, der Technik, des Hochschulwesens oder des Verkehrs durch-

läuft eine Europa-Affäre. Nicht zuletzt Gusenbauer wird als Schuldiger an dieser schlechten Planung angesehen und so wird die Schlacht um den Ballhausplatz zugleich auch eine Schlacht um die Löwelstraße, wo die SPÖ residiert. ■

Rudolf von Strasser

Aus dem Abgrund empor ans Licht

Aus NS-Verfolgten wurden Staatsgründer

Rudolf von Strasser, in späteren Zeiten ein enger Mitarbeiter von Julius Raab und später Vertreter österreichischer Wirtschaftsinteressen in den USA, heute wieder in Österreich, schilderte eingangs die „Alterschichte“ seiner politischen Entwicklung, die er als entscheidend für spätere Jahre bezeichnet und da beginnt er mit seiner Schulzeit im Wiener Theresianum und zuletzt im deutschen Gymnasium in Pressburg. Im Theresianum betonte er den Einfluss der Tagespolitik. Im Theresianum standen Söhne aus Familien, die das Dollfußregime unterstützten oder sich der Heimwehr zugehörig fühlten im Konflikt mit den Söhnen aus großdeutsch orientierten Familien, die – ursprünglich liberal – im Lauf der Dreißiger-Jahre und deren Krisen in den Nationalsozialismus abschwanken. Diese Konflikte führten häufig zu wilden Raufereien in den Pausen.

Erster Widerstand

„Es gab eine Gruppe im Theresianum unter den Zöglingen, die sich der Jugendorganisation der Heimwehr „Jung Vaterland“ angeschlossen hatten. Ihr Anführer war Herbert Fey, der Sohn von Emil Fey, des Innenministers und zeitweise Vizekanzlers in den Kabinetten Dollfuß und Schuschnigg, vor allem aber Landesführer der Wiener Heimwehr und im übrigen ein Konkurrent des Bundesführers Fürst Starheimberg. Als 1938 im März die Deutschen Österreich okkupierten, erschloß Major Fey sich und seine Frau, Sohn Herbert aus der Wiener Neustädter Offiziersakademie nach Hause gekommen, fand die Leichen und folgte seinen

Eltern in den Tod.

Dieser Gruppe gehörten ferner noch Richard Winger, Hans Guannelia, Alex Schönfeld und neben vielen anderen als jüngster Hans Eidlitz an. Als ich 1937 an der Wiener Universität inskribierte – nach einem Zwischenenspiel an dem deutschen Gymnasium in Pressburg – schloß sich automatisch dieser Kreis von Freunden wieder, zu dem spä-

therlistischem Milieu, ehemalige Offiziere des Bundesheeres und Freunde Schuschniggs.

Wenn man neue Mitglieder warb, so zumeist gleichgesinnte Freunde von Freunden oder deren Verwandten, aber keine ideologischen Neueroberungen.

In unbekanntes Territorium wagte man sich aus Angst vor der Gestapo nicht. Der 1944 mit anderen österreichi-

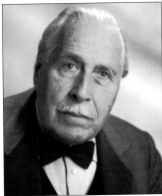
Frieden durch Konzessionen Hoffenden.

Im Mai 1940 wurde diese aus Idealismus und Naivität gewachsene österreichische Widerstandsgruppe von der Gestapo ausgehoben, verraten durch den Burgenlandspieler Otto Hartmann, der sich als Agent provocateur bestätigte, weil ihm und der Gestapo unsere Tätigkeit fast zu harmlos war. Er drängte immer auf Aktivismus.

Todesurteile

Verhaftet wurden etwa 400 Österreicher. Im Laufe des Krieges wurden die meisten Jungen freigelassen, durch Himmelfahrtskommandos der Wehrmacht gesiebt. Dem Rest wurde 1944 vom 2. Senat des Volksgerichtshofes der Prozess gemacht. Wer nicht zum Tode verurteilt wurde kam zum Strafvervollzug in das Zuchthaus Straubing, darunter auch ich und verschiedene später prominente Österreicher wie der spätere NR Viktor Reimann, der Abt von Wilhering Pater Birngruber oder der spätere ÖVP Parlamentssekretär Dr. Snekal, weiters führende Mitarbeiter des Österr. Rundfunks Karl Polly und Dr. Uebelhöhr.

Eines der wenigen gravierenden Anliegen, die in der Widerstandsbewegung behandelt wurden, betraf die Ausgabe von kleinsten fotografierten Mitgliedskarten an unsere Mitglieder, die zur Wehrmacht eingezogen wurden. Diese in die Uniform einzunähende Legimation sollte den Träger, falls in Kriegsgefangenschaft geraten, als Anti-Nazi ausweisen und einem vielleicht zu errichtenden österreichischen Bataillon zuführen. In den USA gab es Anlässe für so ein Bataillon. Seine Existenz und



ter noch Peter Fischer-Lodenitz, Rüdiger Eingerth, Hans Georg Heintschel-Heinegg und manche andere Theresianisten stießen.

Schon unmittelbar nach dem Deutschen Einmarsch im März 1938 standen eigentlich bereits die Kader und kleinen Zellen des österreichischen Widerstandes. Man suchte und fühlte vorsichtig vor und bald stieß man auf Zellen der sog. Österreichischen Widerstandsbewegung. Dort waren vor allem Jugendliche aus ka-

stischen Widerständlern hingeworfene Augustiner Chorherr Karl Roman Scholz aus Klosterneuburg, der Anführer etwa eines Dutzends dieser ca. 3–400 durch den Deutschen Einmarsch mobilisierten Österreicher, hatte bereits 1937 Churchill in England besucht, und war von ihm zum Widerstand ermuntert worden. Bloss ... Churchill war damals noch ein wenig beliebter Aufwiegler. England und der übrige Westen standen im Lager Chamberlains und der auf

Einsatz hätte unseren Status nach Kriegsende erheblich verbessert.

Meine Aufgabe war es, diesen Miniausweis bei den Alliierten zu akkreditieren. Ich hatte damals einen ungarischen Pass mit Studentenvisum und konnte frei ein- und ausreisen. Die Franzosen mit denen ich in Budapest verhandelte, wollten Bürgschaften vom Stefansplatz. Mitten in diese Verhandlungen fiel auch meine Verhaftung. Niemand hatte mich in Pressburg informiert, dass unsere Gruppe bereits im Mai in Wien verhaftet war und so kehrte ich voll des Tatendrangs im September 1940 nach Wien zurück und wurde zwei Tage später auch verhaftet.

Zu wenig gewürdigt

Abschließend zu diesem Thema möchte ich sagen, dass die Opfer, die die Österreichische Widerstandsbewegung 1938–1940 geleistet hat, später zu wenig gewürdigt wurden. 1945 nach Kriegsende war das alles schon vergessen und jener Widerstand, der kurz doch eher knapp vor Kriegsende aufblühte, konzentriert in der O5, war in den Augen vieler Alliierten Opportunismus, weil zu diesem Zeitpunkt ja das Ende bereits erkennbar war. Der Österreichische Widerstand 1938–1940 war jedenfalls selbstlos und mutig, wenn er auch durch seine Naivität politisch kaum ins Gewicht fiel. Aber nach 1945 hätte man das mit gegenüber den Alliierten stärker argumentieren können.

Durch viele Wunder gerettet, begann mein Nachkriegsleben 1945 bei den „Salzburger Nachrichten“, wohin mich und meinen Mitkämpfer Dr. Viktor Reimann eine Intervention Dr. Braunsteiners vermittelte, der damals, wie er hier auch berichtet hat, den Kontakt zwischen den Wiener Regierungen und den Bundesländern vermittelte und dabei durch die Einschwärmer mußte, um der sowjetischen Grenzkontrolle zu entgehen.

Reimann und ich hatten den Strafvollzug im Zuchthaus Straubing, überlebte, Einflussreich in Salzburg war damals auch der spätere NR Herbert Kraus, der uns in seiner Hellbrunner Villa gastfreundlich aufnahm. Wohl waren die Salzburger Nachrichten ein Organ der Amerikanischen Militärverwaltung und gab es daneben schon bald Parteitagezeitungen. Aber Innenpolitik gab es auch bei den Salzburger Nachrichten in Hülle und Fülle. Es war klar, dass sich diese vor allem um die ehem. Nationalsozialisten drehte.

Wegen eines Leitartikels in dem ich auch Wehrmachtsangehörige als Mitschuldige am Krieg bezeichnete, lud mich und Reimann der Salzburger Erzbischof Rohrer zu einem Gespräch in sein Palais. Selten hat mich eine politische „Lesson“ so beeindruckt: „Sie wollen doch in Österreich die Demokratie aufbauen“, begann er, „zugleich wollen Sie aber außer den vielen direkt Beteiligten am Regime selbst Wehrmachtsangehörige ausgrenzen. Ja mit wem wollen Sie dann eigentlich diese Demokratie bauen?“ Immer wieder hat mich diese sarkastisch vorgetragene sich selbst beantwortende Frage Rohrers beschäftigt. Ein echter Kirchenführer in der Tradition der Salzburger Renaissancefürsten hat schon damals unbewußt auch am Thema des Demokratieaufbaus im Nachkommunistischen Osteuropa gerührt, wo wir heute verzweifelt sind, weil ehemalige Kommunisten die Marktwirtschaft und Demokratie zu entwickeln erwählt sind. Die Überwindung der autoritären Vergangenheit ist ein Anliegen von Generationen.

Nicht zuletzt auch um meinem inzwischen bei Pressburg – trotz Antifaschistischer Vergangenheit enteignetem Besitz geographisch näher zu rücken, übernahm ich in Wien bei der Austria Presse Agentur des sogenannten ÖVP Bereich. So kam ich neben vielen Ministern und Kanzler Figl auch

mit Julius Raab in Verbindung und erwiderte seine Einladung in der neu konstituierten Bundeshandelskammer die Presse und Publicitätsabteilung zu übernehmen, mit grosser Begeisterung.

Wir schrieben das Jahr 1948. Julius Raab, dem die Sowjets bei der ersten Regierungsbildung die Kanzlerschaft und Ministeramt verweigerten, war schon damals die führende Persönlichkeit der ÖVP.

Julius Raab

Was er vertrat, hatte Hand und Fuss, und liess sich nur schwer wegzugenerieren. Ich habe verschiedene Versuche des Aufmüpfigs aus eigenen Reihen erlebt, die an Raabs trockenem Humor und Überzeugungskraft scheiterten. Er hatte aber auch Verständnis für den politischen Gegner, vor allem für den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Anton Böhm. So geschah es auf der ersten Amerikanerise 1950, dass der sozialistische Energieminister Alfred Misch mich ersuchte, ich möge doch Raab bitten bei Böhm ein gutes Wort für ihn einzulegen. Misch galt damals als politischer „Wahlweiser“ gegen die ÖVP, ein Stille nach Böhm nicht mochte.

So wurde Raab mein politischer und vor allem argumentativer Lehrmeister, dem ich auch heute noch „Vielen Dank“. Es ist immer leicht sich im Schatten einer grossen Persönlichkeit zu entfalten, schwierig ist es nur neben kleinen zu arbeiten.

In dieser Zeit war alles schwarz oder rot. Für Nuancen gab es wenig Raum. Als sich die ersten schwachen Stimmen einer abweichenden

bürgerlichen Konzeption meldeten, wurden sie eher hässlich abgetan. Raab war sicher nicht schuldlos. Damals wurden wahrscheinlich die falschen Weichen gestellt, die zur Bürgerlichen Spaltung führten. Aber die Mehrzahl der Bevölkerung wollte damals gradlinige Lösungen und die mussten dann auch noch mit den vier Besatzungsmächten akkordiert werden.

Man stand bekanntlich mitten im kalten Krieg. Russen wie Amerikaner hatten divergierende Vorstellungen von der Zukunft Österreichs. Dass sich die Russen anfänglich eine österreichische Volksdemokratie wünschten ist selbstverständlich. Diese schreite aber schon im Oktober 1945, bei den ersten Wahlen, als die Kommunisten nur etwa 5% der Stimmen bekamen, und so ein tschechoslowakischer Weg versperrt wurde. Woran die Russen scheiterten? Vermutlich am Beispiel das sie selbst als Besetzer vorgelebt hatten. Im Kommunistischen Putschversuch der USA-Betriebe 1952, der durch Olah und die Wiener Strassenarbeiter unterdrückt wurde und auch im Rahmen der Verhandlungen um den Staatsvertrag konnte man das KP Konzept noch öfters erkennen, aber das Spiel war für die Kommunisten eigentlich schon 1945 verloren.

Die Amerikaner wollten in Österreich die Demokratie, die wir uns eigentlich bei der Wahl 1945 selbst gegeben hatten. Sie wollten sie stärken. Sie unternahmen das vor allem durch Unterstützung des Gewerkschaftsbundes und damit indirekt – gewollt oder ungewollt – der Sozialistischen Partei. ■

Todesfälle

Wir gedenken unseren Kameradinnen und Kameraden aus Niederösterreich

Anna Jelinek, 21. 1. 2000

Vinzenz Seebacher, 25. 1. 2000

Johann Mittendick, 16. 7. 2000

Zweigeleisig gefahren in Europa

Die Verbrechen des Kommunismus ungesühnt

Vielen Menschen will es nicht so recht bewußt werden, daß seit dem Umsturz des Kommunistischen Weltreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und ihrem gewaltigen Anhang in Osteuropa schon zehn Jahre vergangen sind, ohne daß von einer Abmilderung der Verbrechen des Kommunismus auch nur die Rede ist. Es ist eine erstaunliche Tatsache, daß durch den scheinbar lauten Machtwechsel in Moskau im Jahre 1989, die Befreiungsstunde im Jahr 1990 für die sogenannte Deutsche Demokratische Republik, kurz DDR genannt, geschlagen hat und Deutschland seitdem wieder vereint ist – wenn es auch noch einiger staatsrechtlicher Formalitäten und Abstimmungen bedarf hat.

Aber genau so haben das sowjetische Joch und damit die Diktatur des Kommunismus die baltischen Länder, wie Litauen, Lettland und Estland abgeschüttelt. Und erst recht Polen, das seine Rolle als bedeutender Staat in Osteuropa schon zu erfüllen beginnt und auch bereits Mitglied der NATO ist. Ferner Rumänien, Ungarn, Bulgarien und die Tschechoslowakei, heute in Tschechien und die Slowakei geteilt.

Der ganze „Sicherheitsgürtel“, den die Sowjets sich 1945 geschaffen hatten, damals noch im voratomaren Zeitalter der Weltpolitik und der heute ohnedies nicht mehr sehr viel wert wäre, sieht man das ganze nur vom Militär – Strategie – Standpunkt aus. Dieser machtpolitische Aspekt stellte nicht in Rechnung wie viele Millionen Menschen da unterdrückt wurden. In Österreich, unmittelbar an der Grenze zu diesem Mächtkomplex, sah man gerade diese Komponente am deutlichsten, wie auch in der Bundesrepublik

Deutschland, deren Osten ja vom Kommunismus vergewaltigt wurde. Bei uns waren aber doch noch aus Zeiten der Monarchie und der ersten Nachkriegszeit 1918 viele Bindungen und Erinnerungen wach, nicht zuletzt mahnte der nie enden wollende Strom von Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei und Ungarn daran, daß dort jede Form der Freiheit unterdrückt wurde. Und das erst recht nach dem Volksaufstand der Ungarn 1956 und dem Sowjetinmarsch in der CSR 1968.

Aus dem Süden, aus Jugoslawien, das sich zwar dank Tito, schon sehr früh aus Moskaus Umklammerung gelöst hatte, aber doch ein kommunistisches System beibehalten hatte, kamen die Asylsuchenden ebenfalls. Wie sehr auch dieses totalistische System an der Wirklichkeit des Balkans vorbei gelebt habe, beweist ja, daß buchstäblich seit zehn Jahren die Völker dort ihre Unabhängigkeit von Belgrad erkämpft haben oder sogar noch den Kampf weiterführen, wie in Kosovo und vielleicht demnächst in Montenegro.

Nun ließe sich ohne weiteres eine Fülle von Parallelen

Die Morde der Kommunisten, die Folterung ihrer Gegner sind uns nichts weniger abschreckend und verdammenstwert, als jene der Nationalsozialisten. Nichts desto weniger ist nirgends die Rede von einer Verfolgung solcher Straftaten, nirgends ist die Kommunistische Partei verboten worden, oder ihre Nachfolger oder Ableger.

Wir beobachten mit Erstaunen, das dies nicht etwa nur der Sowjetunion selbst gilt. Dort ließen sich nationalisierte Gefühle ja doch noch als Verteidigungsargument solchen Verhaltens anführen. Aber wir sehen erstaunlicher Weise die gleiche Entwicklung in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas.

Für uns am deutlichsten wird dies in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt dort zwar vereinzelte Strafverfahren gegen Personen, die sich Mordtaten zu Schulden kommen ließen, aber selbst der kürzlich verstorbene Genosse Mielke, Chef der Staatssicherheit der DDR, oberster Spitzel und Polizist, dessen Agenten tausendfach mordeten und folterten, hatte nur ein Strafverfahren anhängig, weil

der blutigen Unterdrückung gendert. In Österreich wird man sich insbesondere an die blutige Niederwerfung des Volksaufstandes 1956 in Ungarn erinnern und an die Verfolgung und Hinrichtung der Führer des Volkes. Heute errichtet man ihnen Denkmäler. Die Festreden halten oft genug alte Kommunisten. Wobei nicht vergessen werden soll, daß im Aufstand in Ungarn auch prominente KP-Führer an der Spitze standen.

Ein solches Los hätte etwa auch Marschall Josip Tito blühen können, hätte er nicht über eine schlagkräftige Armee verfügt und außerdem eine Art Kommunismus weiter geführt. Heute freilich ist vom Titismus außer in Serbien kaum mehr etwas übrig geblieben, aber selbst dort gibt es verschiedene Parteien und eine Art von Scheindemokratie.

Zu einer wirklichen Umsturzhandlung ist es nur in Rumänien gekommen, dort hat der kommunistische Diktator Ceausescu sein Ende vor dem Hinrichtungs-kommando gefunden. Anders wiederum ist es vielfach in den Oststaaten, wo in den Jahren vor 1990 es doch schon Zeichen des Widerstandes gab, fast zur Regel geworden, daß die Führer des Widerstandes, wie etwa Walesa in Polen, zwar eine Zeit lang eine Spitzenfunktion, Präsident oder Regierungschef einnahmen. Heute aber, sind sie durchwegs entmachtete. An ihre Stelle sind fast regelmäßig Vertreter einer Partei gekommen, die die Nachfolgerin der kommunistischen Partei ist.

Es ist merkwürdig, daß das selbe Europa in dem sich vierzehn Staaten über die Teilnahme der FPÖ an der Regierung Österreichs heftig erregt, kein Wort des Protestes gegen die Machtübernahme geehrter Kommunisten in Osteuropa finden. J.E. ■

Nachahmung Adolf Hitlers?

zwischen dem kommunistischen System der Sowjets und den Taten des Nationalsozialismus Hitlers finden. Man spricht heute selbst in der Sowjet Union völlig offen über die in der Vergangenheit begangenen Verbrechen. Die Zahl von zwanzig Millionen Totes, die der Bolschewismus in seinem Mutterland gefordert habe, sind keineswegs unglaubwürdig. Also liegen Gründe für eine weltweite Empörung, für eine totale Achtung des Systems und seiner Funktionäre Millionenfach vor.

er 1931 bei einer Demonstration in Berlin, einen Polizisten erschossen hatte. Aber ansonsten gibt es die Partei PDS, die zwar intern über gewisse Einzelheiten des „Neuen Kommunismus“ diskutiert, aber öffentlich ihre direkte Abstammung von der sogenannten Sozialistischen Einheitspartei (SED), also der KP der DDR erklärt.

Unter dem schweren Druck der Sowjetmacht, ihrer Armee und Polizei haben Versuche des Volkes ob in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens stets mit

Mag. Walter Stecher gestorben

Am 17.5.2000 ist unser Kamerad Mag. Walter Stecher in Wien gestorben. Am 21.10.1911 in Wien geboren, übersiedelte er 1917 nach Feldkirch und hat dort das von den Jesuiten geleitete Gymnasium „Stella Matutina“ besucht; anschließend studierte er auf der Universität Wien für das Lehramt in den alten Sprachen Griechisch und Latein. Während seines Studiums ist er Mitglied des Studentenfreikorps des „Österreichischen

Heimatschutzes“ (HW) gewesen. Nach Beendigung des Studiums 1935 ist er vorerst in der Klosterschule Mehrerau und anschließend als Erzieher am Bundeskonvikt in Horn tätig gewesen. In Horn gründete er eine Gruppe des „Studentenfreikorps“ des „Österreichischen Jungvolkes“.

Nach der Besetzung Österreichs 1938 wurde er zuerst strafweise nach Krems und dann nach Wien versetzt. Hier kam er zur Widerstandsgrup-

pe des Augustiner-Chorherren Roman Scholz. Im April 1940 zur Deutschen Wehrmacht einberufen ist er in Zeinm stationiert gewesen. Er hat unermüdlich an dem Aufbau eines österreichischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gearbeitet. Dort ist er am 22.10.1940 von der Gestapo verhaftet worden. Bei der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof in Wien ist er am 2.12.1943 wegen Hochverrats zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt und nach Werl in das Zuchthaus gebracht worden. Hier ist er bis zur Befreiung durch die US-Truppen im April 1945 in Haft gewesen.

Nach Kriegsende nach Vorarlberg zurückgekehrt ist er an der Mithelschule in Feldkirch vorerst Mithelschullehrer für die klassischen Sprachen und dann bis 1961 Direktor gewesen. Dort ist er bald unserer Organisation beigetreten und lange Jahre Obmann unserer Vorarlberger Landesgruppe gewesen. Seinen Lebensabend hat er im Seniorenheim der Maltesser in Wien verbracht.

Wir danken unserem lieben Kameraden Mag. Walter Stecher für alles, was er für seine geliebte Heimat Österreich und seine Kameraden getan hat und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ■

Abschied von Franz Forster

Samstag, 10.6.2000 ist unser allseits beliebter Kamerad und Ehrenmitglied Franz Forster nach langer schwerer Krankheit gestorben. 1913 geboren, ist er in Wien 11, aufgewachsen, einem Arbeiterbezirk, und ist schon in früher Jugend mit der Politik konfrontiert worden. Als begeisterter Österreicher ist er schon in seiner Jugend der damals größten österreichischen Jugendorganisation „Jung-Vaterland“, der Jugendorganisation des österreichischen Heimatschutzes (HW), beigetreten. Seiner dort empfangenen politischen und weltanschaulichen Prägung ist er lebenslanglich treu geblieben. Solange es ihm seine Gesundheit erlaubt hat, ist er unermüdlich für seine geliebte Heimat Österreich und seine Kameraden tätig gewesen.

Als nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jänner 1933 in Deutschland Österreichs Freiheit bedroht war, ist er, wie viele aufrechte Österreicher, bereit gestanden, im Rahmen des freiwilligen Schutzkorps mit der Waffe in der Hand für Österreichs Freiheit zu kämpfen. Bei Jungvaterland und später beim

Österreichischen Jungvolk, der Jugendorganisation der Vaterländischen Front, ist er an führender Stelle tätig gewesen. Deshalb den Nationalsozialisten verhaßt, hat er in den für Österreich leidvollen Tagen des März 1938 für einige Zeit untertauchen müssen, um seiner Verhaftung zu entgehen. Seine österreichtreue Einstellung blieb unbeirrt.

Während der NS-Herrschaft in Österreich hat er manchen Verfolgten geholfen. Zur Deutschen Wehrmacht einberufen ist er bei der Verpflegungsverwaltung, einer Ersatzinheit in Wr. Neudorf, tätig gewesen. Dies hat es ihm ermöglicht, KZ-Häftlinge aus dem Nebenlager Hinterbrühl-Seebrunn des KZ-Mauthausen als Arbeitskräfte anzufordern und dadurch manchen vor seiner Verschleppung in den Tod zu bewahren; ihnen und einer jüdischen Frau, die als sogenanntes U-Boot im verborgenen leben mußte, hat er mit Lebensmitteln geholfen, für die Betroffenen lebenswichtig, für ihn nicht ungefährlich.

Bei Kriegsende 1945 in Wien hat er bald mit seinen HW-Kameraden Kontakt aufgenommen und ist einer der

Mitbegründer der „Kameradschaft Grün-Weiß“ gewesen. Von „Band Österreichischer Freiheitskämpfer“ kommend, hat er seit der Gründung in unserem Verband an leitender Stelle gearbeitet. Viele Jahre ist er Kassier, sowohl im Bundesverband (Karatium) als auch im Wiener Landesverband gewesen. Lange Jahre hat er in Führungspositionen der ÖVP und im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes unsere Interessen vertreten.

Dem Österreichischen Seniorenband hat er seit seiner Gründung angehört und auch dort bald Führungsaufgaben übernommen. Daß die Gruppe Wien – Absgrund eine der größten des Wr. Landesverbandes des Seniorenbundes ist, ist sein Verdienst. Wann immer er von seinen Kameraden gerufen worden ist, er ist bereit gewesen.

Für seinen Einsatz hat er zahlreiche Ehrungen bekommen: Er war Inhaber der silbernen Verdienst-Medaille der Republik Österreich (vor 1938), des goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, des Ehrenzeichens für die Verdienste



Franz Forster +
Einer unserer treuesten und
bravesten Kameraden hat uns
verlassen.

um die Befreiung Österreichs und des goldenen Verdienstzeichens des Landes Wien. Von uns hat er zahlreiche Ehrungen empfangen, so unter anderem den Ehrenring und ist vor zwei Jahren zum Ehrenmitglied ernannt worden.

Die zahlreichen Teilnehmer an seinem Begräbnis am 29.6. auf dem Simmeringer Friedhof in Wien 11, und bei der Seelenmesse am 4. Juli in Wien 9, Rollau zeugen von seiner Beliebtheit und seinem erfüllten Leben. Mit ihm haben wir einen der Allzeit getreuen verloren.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Dr. Jurassek ■

Altbundeskanzler Dr. Josef Klaus 90

Albundeskanzler Dr. Josef Klaus hat am 15.8.2000 sein 9. Lebens-Jahrzehnt vollendet. Am 20.9.1963 ist er auf dem Bundesparteitag der ÖVP in Klagenfurt zu deren Bundesparteiobmann gewählt worden, ab 1964 war er Bundeskanzler einer Koalitionsregierung zwischen ÖVP und SPÖ. Bei den Nationalratswahlen am 6.3.1966 hat er die ÖVP zu ihrem größten Erfolg geführt, der absoluten Mehrheit im Nationalrat. Bis zu den Nationalratswahlen 1970 ist Dr. Klaus Bundeskanzler einer ÖVP-Alleinregierung gewesen, der einzigen bisher. Während dieser Zeit hatte er eine Schaar junger Mitarbeiter um sich gesammelt, die in der Folge Karriere in der Politik gemacht haben, so z.B. Alois

Mock, Heinrich Neisser, Josef Tausch und Peter Morboe.

Sein Leitsatz ist gewesen, eine Politik für alle zu machen. Schon in seiner Antrittsrede als Landeshauptmann von Salzburg im Dezember 1949 hat er sich zu Versöhnlichkeit, Toleranz, Sachlichkeit und Demokratie bekannt. Er ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit gewesen, deren Verfassungsverständnis und rechtsstaatliche Sensibilität ein Ausmaß erreicht hat, wie es bei keinem anderen österreichischen Regierungschef nach 1945 der Fall gewesen ist.

Nach der Wahlminderlage der ÖVP 1970 hat sich Dr. Klaus gänzlich aus der Politik zurückgezogen. Er hat in ihr nicht Machtgeuß, sondern eine Ordnungsaufgabe gesehen.



Wir danken Altbundeskanzler Dr. Josef Klaus für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit für die geliebte Heimat Österreich.

Der Herr möge über noch einige Zeit des Wohlbefindens und der Zufriedenheit beschoren.

Generalversammlung 2000 des Kuratoriums

Die Generalversammlung unseres Kuratoriums hat heuer in der Zeit vom 16. bis 18.8. in der Fachschule für biologische Land- u. Hauswirtschaft im Schloß Soob bei Loosdorf stattgefunden. Dieses alte Schloß ist in einem herrlichen Park gelegen, die Unterkunft in den Zimmern des Internatsbetriebes. Die Verpflegung war überreichlich und ausgezeichnet.

In dieser Kuratoriumssitzung ist den Landesobmännern von Niederösterreich WHER Dr. Kermer und von Kärnten Prim. Dr. Lexa der Ehrentitel unseres Verbandes verliehen worden. Der Bundesobmann berichtete, daß bei unserem Verband die Mauerbach-Auktion praktisch abgeschlossen ist. An 110 Kameradinnen und Kameraden ist

insgesamt ein Betrag von ATS 5.749.000 in 3 Auszahlungsgruppen überwiesen worden. Von dem verbleibenden Restbetrag werden noch ca. ATS 50.000 bis 60.000 für Anträge, die bei der Arbeitsgemeinschaft noch unerledigt sind, gebraucht werden. Auch der Nationalfonds hat praktisch seine Tätigkeit abgeschlossen. Der Arbeitsgemeinschaft ist es gelungen, bei einer Vorgesprache bei der Regierungsbeauftragten Frau Dr. Schumayer zu erreichen, daß auch Österreich, die unter besonders schweren Bedingungen in ihrer Freiheit beraubt und zu Zwangsarbeit herangezogen worden sind, Mittel aus diesem Fonds zu erhalten. Das Versöhnungsfonds-Gesetz (Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehe-

malige Sklaven- und Zwangsarbeiter des NS-Regimes, BGBl I Nr. 74/2000) ist bereits erschienen, nicht jedoch auch die Ausführungsbestimmungen.

Alle Landesverbände haben bereits aufgrund der neuen Statuten ihre Vorstände gewählt. In den Landesorganisationen Vorarlberg, Tirol, Kärnten und Oberösterreich hat schon die jüngere Generation die Führung übernommen, in Wien und Niederösterreich ist die jüngere Generation im Vorstand vertreten.

Bei einer Kranzniederlegung im Nebenlager Melk des Stammlagers Mauthausen gedachten wir aller, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus und für Österreich ihr Leben verloren haben. Ein Verbrennungsofen für die in diesem Lager zu Tode Gemar-

terten hat uns wieder die ganze Unmenschlichkeit und Grausamkeit der NS in Erinnerung gebracht.

Wir danken unseren Niederösterreichischen Kameraden, insbesondere deren Obmann Dr. Kermer für die ausgezeichnete Organisation dieser Generalversammlung.

Impressum:

Medieninhaber

und
Herausgeber:
Kuratorium der ÖVP-
Kameradschaft der politisch
Verfolgten,
1080 Wien, Laudongasse 16

Verleger: NÖRKA-ZEITUNGS-
VERLAG Ges.m.b.H.,
3403 Klosterneuburg,
Wiener Straße 106

Redaktion: Johannes Editz
Fotos: Felber, Presse-Archiv,
Vogelsang-Institut

Layout: Tanja Pichler, 1080 Wien,
Kettenbrückengasse 11/23
Druck: Medienhaus Binger
2320 Schwechat, Hernthaldorf 23

